

UN-Konferenz in Ägypten: Kein Klimaschutz ohne politische Freiheit

Von Naomi Klein

Niemand weiß, was aus dem „verloren gegangenen“ Klimabrief wurde. Bekannt ist nur dies: Alaa Abdel Fattah, wohl der prominenteste politische Gefangene Ägyptens, schrieb ihn im September in seiner Kairoer Gefängniszelle, während er sich im Hungerstreik befand. Der Brief handelte, wie er später erklärte, „von der Erderwärmung, und zwar aufgrund der Nachrichten aus Pakistan“. Ihn beunruhigten die unvorstellbaren Flutmassen, die auf ihrem Höchststand dreiunddreißig Millionen Menschen obdachlos gemacht hatten. Und es ging ihm um die Klimanöte, deren Vorbote diese Katastrophe ist, und zugleich um die voraussehbar erbärmlichen Reaktionen staatlicherseits. Der Vorname Abdel Fattahs – eines IT-Visionärs und tiefeschürfenden Intellektuellen – ist, wie mittlerweile auch der Hashtag #Free Alaa, geradezu zu einem Synonym für die prodemokratische Revolution von 2011 geworden, die den Kairoer Tahrir-Platz in ein kochendes Meer junger Menschen verwandelte und der dreißigjährigen Herrschaft des ägyptischen Diktators Hosni Mubarak ein Ende setzte. Die vergangenen zehn Jahre verbrachte Alaa Abdel Fattah fast ununterbrochen hinter Gittern. Einmal wöchentlich kann er Briefe verschicken und empfangen. Anfang dieses Jahres erschien eine Auswahl seiner so poetischen wie hellsichtigen Gefängnisschriften unter dem Titel „You Have Not Yet Been Defeated“ als Buch und fand lebhaftes Resonanz. (Eine deutsche Übersetzung erscheint in Kürze im Wagenbach-Verlag unter dem Titel „Ihr seid noch nicht besiegt“.)

Alaas Familie und seine Freunde leben Woche für Woche auf diese Briefe hin, erst recht seit er am 2. April in den Hungerstreik trat und anfangs nur Wasser und Salz zu sich nahm, später dann bloße 100 Kalorien täglich (während der Körper um die 2000 Kalorien braucht). Mit seinem Streik protestiert Alaa gegen den Skandal, dass man ihn wegen des Verbrechens, „Falschinformationen verbreitet“ zu haben, gefangen hält – vorgeblich deshalb, weil er einen Facebook-Post über die Folterung eines anderen Gefangenen geteilt hatte. Tatsächlich jedoch steht außer Zweifel, dass seine Inhaftierung poten-

* Deutsche Erstveröffentlichung eines Textes von Naomi Klein, der unter dem Titel „From blah, blah, blah to blood, blood“ am 7.10.2022 auf www.theintercept.com erschienen ist. Übersetzung: Karl D. Bredthauer.

zielle Revolutionäre dazu bringen soll, sich etwaige demokratische Träume gefälligst aus dem Kopf zu schlagen. Mit seinem Hungerstreik versucht Alaa, wichtige Zugeständnisse der Gefängnisverwaltung zu erzwingen, etwa Kontakt zum britischen Konsulat. Weil Alaas Mutter aus England stammt, konnte er Ende 2021 die britische Staatsbürgerschaft erlangen. Doch bislang verweigert man ihm die Kontaktaufnahme, sodass Alaa immer noch von Tag zu Tag körperlich dahinschwindet. „Er ist zu einem Gerippe mit klarem Kopf geworden“, sagte seine Schwester Mona Seif kürzlich.

Je länger der Hungerstreik sich hinzieht, desto kostbarer werden diese Briefe. Für seine Familie bedeuten sie nicht weniger als den Beweis, dass Alaa lebt. Aber der, in dem er über die Klimakatastrophe schrieb, kam nie bei seiner Mutter Laila Soueif an, die ihrerseits eine gestandene Menschenrechtsverfechterin und Intellektuelle ist. Vielleicht hatte sein Wärter, wie Alaa in einem Folgebrief spekulierte, „seinen Kaffee über dem Brief vergossen“. Wahrscheinlicher aber ist, man unterstellte ihm, dass er das verbotene Gebiet der „großen Politik“ gestreift habe – obwohl Alaa seinerseits sagt, er habe sich gehütet, die ägyptische Regierung auch nur zu erwähnen, und selbst über „die bevorstehende Konferenz“ kein Wort verloren.

Der letzte Punkt ist wichtig. Am 6. November wird der diesjährige Klimagipfel der Vereinten Nationen, kurz COP 27 genannt, beginnen und das ägyptische Scharm El-Scheich als Gastgeber fungieren, ganz wie es zuvor Städte wie Glasgow, Paris oder Durban taten. Zehntausende Delegierte aus aller Welt werden in dem Seebad absteigen – Staatschefs, Minister, Gesandte und Bürokraten ebenso wie Klimaaktivisten, NGO-Beobachter und Journalisten – alle mit farblich kodierten Akkreditierungsbändern und Plaketten auf der Brust. Und deshalb ist der verschwundene Brief so bedeutsam. Die Vorstellung, wie Alaa – trotz all der Kränkungen, die er und seine Familie in den letzten zehn Jahren erlitten haben –, in seiner Zelle sitzt und über unser aller Erde nachdenkt, hat etwas fast unerträglich Anrührendes: Da sitzt er, langsam verhungern, und macht sich doch immer noch Sorgen über die Erderwärmung, über pakistanische Flutkatastrophen, aber auch über Extremismus in Indien und den Absturz der britischen Währung. Von alledem nämlich ist in seinen jüngsten Briefen, an denen seine Familie mich teilhaben ließ, die Rede.

Aber die Vorstellung hat auch etwas Beschämendes – etwas, das jedem, der nach Scharm El-Scheich unterwegs ist, zu denken geben sollte. Denn während Alaa über den Zustand unserer Welt grübelt, ist es alles andere als klar, dass diejenigen, die aus aller Welt demnächst in Ägypten zum Klimagipfel zusammenkommen, sich Gedanken über Alaa machen. Oder über die schätzungsweise 60000 anderen politischen Gefangenen, die in Ägypten hinter Gittern sitzen, wo man Berichten zufolge barbarische Foltermethoden quasi am Fließband praktiziert. Oder über die ägyptischen Menschenrechts- und Klimaaktivisten, kritischen Journalisten und Wissenschaftler, die verfolgt, bespitzelt und mit Reiseverboten belegt werden – über das, was Human Rights Watch als Ägyptens „allgemeine Atmosphäre der Angst“ und als „gnadenlose Unterdrückung der Zivilgesellschaft“ bezeichnet.

Das ägyptische Regime gefällt sich darin, junge Menschen als offizielle Klimabotschafter – „youth leaders“ – vorzuführen, als Hoffnungsträger im Kampf gegen die Erderwärmung. (Viele Regierungen verfahren so schamlos doppelzüngig, um sich in Sachen Klima eine Art Feigenblatt zu verschaffen.) Es fällt allerdings schwer, dabei nicht an die mutigen „youth leaders“ des Arabischen Frühlings zu denken, von denen viele nach einem Jahrzehnt staatlicher Gewalt und Verfolgung vorzeitig gealtert sind; oder über das Ausmaß hinwegzusehen, in dem solche Systeme von der üppigen Militärhilfe westlicher Mächte, insbesondere der Vereinigten Staaten, profitieren. Es scheint fast, als wären jene Aktivisten einfach durch neuere, weniger lästige Modelle ersetzt worden. „Ich bin das Gespenst eines vergangenen Frühlings“, schrieb Alaa 2019 über sich selbst.

Dieses Gespenst wird den bevorstehenden Gipfel heimsuchen, als eisiger Schauer, der in jedem seiner hochtönenden Worte mitschwingt. Die unausgesprochene Frage dabei hat es in sich: Wenn die internationale Solidarität zu schwach ist, Alaa zu retten – die Ikone der Befreiungsträume einer ganzen Generation –, wie können wir da hoffen, die Erde bewohnbar zu halten?

Al-Sisis Ägypten: Eines der brutalsten und repressivsten Regime weltweit

Mohammed Rafi Arefin, der an der University of British Columbia Geografie lehrt und über urbane Umweltpolitik in Ägypten geforscht hat, sieht es so: „Jeder Klimagipfel der Vereinten Nationen beinhaltet ein komplexes Kosten-Nutzen-Kalkül.“ Zu den Schattenseiten gehören der Kohlendioxidausstoß in die Atmosphäre, den die Anreise der Delegierten verursacht; die für Graswurzel-Organisationen kaum erschwinglichen Kosten für zwei Wochen Hotelaufenthalt; aber auch die PR-Bonanza, derer sich der gastgebende Staat erfreuen kann, der sich jedes Mal als Öko-Champion präsentiert, egal wie stark die Gegenbeweise sind. Das zeigte sich, als das kohlesüchtige Polen 2018 die Gastgeberrolle spielte, und auch schon 2015, als Frankreich sich ähnlich umweltbewusst inszenierte, ungeachtet der rund um den Globus aktiven Ölbohrinseln des französischen Energiegiganten TotalEnergies.

Soweit die Schattenseiten der Tradition alljährlicher Klimagipfel. Positiv schlägt dagegen zu Buche, dass seither in jedem November die Klimakrise zwei Wochen lang weltweit für Schlagzeilen sorgt, wodurch Stimmen von den Frontlinien der Klimakatastrophe – vom brasilianischen Amazonas bis nach Tuvalu – medial nachdrücklich zu Wort kommen. Ein weiterer Pluspunkt ist die internationale Solidarität und Vernetzung, die entsteht, wenn örtliche Organizer im Gastgeberland Gegengipfel und „Toxic Tours“ veranstalten, um die Realität hinter der grünen Fassade ihrer Regierung zu enthüllen. Und natürlich gibt es die Deals, die da ausgehandelt werden, und die Finanzmittel, die man den Ärmsten und am schwersten Betroffenen verspricht. Aber diese Zusagen sind nicht bindend, und viel von dem, was da versprochen und angekündigt wird, lief und läuft – wie Greta Thunberg so treffend formulierte – auf kaum mehr hinaus als „Bla, bla, bla“.

Mit dem bevorstehenden Klimagipfel in Ägypten hat sich allerdings, wie Arefin schreibt, „das übliche Kalkül verändert. Es ist aus dem Gleichgewicht geraten.“ Es gibt die immergleichen Schattenseiten (den CO₂-Ausstoß, die Kosten), doch diesmal kommt hinzu, dass der Gastgeberstaat – der die Chance erhält, sich vor aller Welt ganz in Grün zu präsentieren –, nicht die übliche, gewohnt doppelzüngige liberale Demokratie ist. Es ist vielmehr, so Arefin, „das repressivste Regime in der Geschichte des modernen ägyptischen Staates“. Unter der Führung von General Abdel Fattah al-Sisi, der 2013 durch einen Militärputsch an die Macht kam und sich seither mittels Scheinwahlen behauptet, erweist sich das Regime, Menschenrechtsorganisationen zufolge, als eines der weltweit brutalsten und repressivsten. Natürlich erfährt man nichts davon, wenn man sich an die Selbstvermarktung Ägyptens im Vorfeld des Gipfels hält. Ein Reklamevideo auf der offiziellen COP27-Website heißt die Delegierten in der „grünen Stadt“ Scharm el-Scheich willkommen und zeigt junge Schauspieler – darunter Männer mit struppigen Bärten und Halsschmuck, die offenkundig wie Umweltaktivisten aussehen sollen –, ausgerüstet mit „Nonplastic“-Strohhalmen und biologisch abbaubaren Einwegbehältern fürs Essen, wie sie am Strand unter der Dusche stehen, Selfies aufnehmen, Tauchkurse absolvieren und Scuba-Diving erlernen, oder sich mit einem Elektrogefährt in die Wüste aufmachen, um dort Kamele zu reiten.

Als ich dieses Video anschaute, ging mir schlagartig auf, dass Sisi bei diesem Gipfel eine neuartige Realityshow inszenieren will. In ihr mimen Schauspieler Aktivisten, die äußerlich den wirklichen Aktivisten bemerkenswert ähneln. Derweil sind Letztere den Torturen seines rapide anwachsenden Kerker-Archipels ausgesetzt. Auch das gehört also auf die Negativliste: Dieser Gipfel geht weit über das „Greenwashing“ eines umweltverschmutzenden Staates hinaus. Da wird ein Polizeistaat grün eingefärbt. In Zeiten, in denen von Italien bis Brasilien der Faschismus marschiert, ist das keine Petitesse. Und noch ein weiterer Faktor ist fester Bestandteil dieser schwarzen Bilanz: Anders als auf früheren Klimagipfeln – etwa in Südafrika oder Schottland, Dänemark oder Japan – werden die von Umweltverschmutzung und Temperaturanstieg am stärksten betroffenen ägyptischen Communities und Organisationen in Scharm el-Scheich nirgendwo auffindbar sein. „Toxic Tours“ wird es dort ebenso wenig geben wie stürmische Gegengipfel, auf denen Einheimische die Delegierten aus aller Welt über die Realität hinter der PR-Fassade ihrer Regierung aufklären. Ägypter, die dergleichen organisieren, würden nämlich wegen „Verbreitung von Falschinformationen“ oder Verstoßes gegen das Demonstrationsverbot alsbald im Gefängnis landen – sofern sie nicht schon darin sitzen.

Ausländische Delegierte können sich nicht einmal durch das Studium wissenschaftlicher Untersuchungen oder von NGO-Berichten einheimischer Autoren über den aktuellen Stand der Umweltverschmutzung und -ausplünderung in Ägypten gründlicher auf den Gipfel vorbereiten. Denn ein drakonisches Gesetz verpflichtet ägyptische Wissenschaftler seit 2016, die Erlaubnis der Obrigkeit einzuholen, bevor sie Informationen veröffentlichen, die als „politisch“ gelten. Es werden eben nicht „nur“ die Häftlinge mundtot

gemacht: Das ganze Land ist geknebelt und hunderte Websites sind gesperrt, darunter die unentbehrliche, aber fortwährend schikanierte Online-Zeitung „Mada Masr“. Human Rights Watch berichtet, dass diese neuen Repressalien zivilgesellschaftliche Gruppen zwingen, ihre Recherchen einzuschränken, und dass „eine prominente ägyptische Umweltgruppe sogar ihre Rechercheabteilung aufgelöst hat, weil Forschungsarbeit vor Ort nicht mehr möglich war“. Es spricht für sich, dass keiner der Umweltschützer, die mit Human Rights Watch über Zensur und Repression sprachen, der drohenden Repressalien wegen bereit war, seinen wirklichen Namen zu nennen.

»Diejenigen, die sich wirklich ums Klima sorgen, schmachten im Gefängnis«

Der bereits erwähnte Arefin, der vor dieser letzten ZensurgesetZRunde ausgiebige Forschungen über Müll- und Überflutungsprobleme in ägyptischen Städten unternommen hatte, sagte mir, dass er wie andere kritische Wissenschaftler und Journalisten auch „diese Arbeit nicht länger leisten kann. Es gibt eine Blockade, die grundlegende kritische Wissensproduktion verhindert. Ägyptens Umweltsünden bleiben nun im Dunkeln.“ Und wer die Regeln bricht und versucht, das Licht einzuschalten, endet in finsternen Zellen – oder noch Schlimmerem. Alaas Schwester Mona, die seit Jahren um die Freilassung ihres Bruders und anderer politischer Gefangener kämpft, schrieb kürzlich auf Twitter: „Die Realität, die die meisten Teilnehmer des #Cop27 nicht sehen wollen, ist, [dass] in Ländern wie #Ägypten ihre echten Partner – diejenigen, die sich wirklich um die Zukunft des Planeten sorgen – im Gefängnis schmachten.“

Auch dies gehört also auf die Negativliste: Dieser Gipfel wird, anders als jeder vorangegangene, keine authentischen Partner vor Ort haben. Es wird in Scharm el-Scheich ein paar Ägypter geben, die sich als Vertreter der Zivilgesellschaft ausgeben, manche von ihnen sogar mit Recht. Das Problem ist nur, dass auch sie, so gut sie es meinen mögen, ein Stück weit zu den Darstellern in Sisis grüner Realityshow am Seebadstrand zählen. Abweichend von den üblichen UN-Verfahrensregeln wurden sie fast alle staatlicherseits durchleuchtet und als akzeptabel eingestuft. Der bereits erwähnte, im September veröffentlichte Report von Human Rights Watch weist darauf hin, dass den betreffenden Gruppen nahegelegt wurde, sich nur zu „erwünschten“ Themen zu äußern. Was aber hält das Regime für „erwünscht“? Nun, „Müllabfuhr, Recycling, erneuerbare Energien, Ernährungssicherung und Klimafinanzierung“ – besonders, wenn diese Finanzierung dem Sisi-Regime die Taschen füllt und vielleicht ermöglicht, ein paar Solarmodule auf die Dächer der 27 neuen Gefängnisse zu setzen, die seit Sisis Machtergreifung errichtet wurden.

Und welche Themen sind unerwünscht? Dem Bericht zufolge sind die „kritischsten Umweltfragen solche, die darauf hinweisen, dass die Regierung dabei versagt hat, die Menschen vor durch Unternehmensinteressen bewirkten Schäden zu schützen. Dazu zählen Probleme der Wasserversor-

gung, der industriellen Umweltverschmutzung und Umweltschäden, die mit Bodenspekulation, Tourismusförderung und Agrobusiness zusammenhängen.“ Ebenfalls unerwünscht sind Hinweise auf „die Umweltfolgen der ausgedehnten und undurchsichtigen Wirtschaftsaktivitäten des ägyptischen Militärs. So sind destruktive Praktiken beim Rohstoffabbau, in Wasserabfüllbetrieben und einigen Zementfabriken besonders kritische Themen, desgleichen ‚nationale‘ Infrastrukturprojekte wie die Errichtung einer neuen Verwaltungshauptstadt, von denen viele mit dem Amt des Präsidenten oder dem Militär verbunden sind.“ Und keinesfalls sollten Coca Colas Plastikmüll und der exzessive Wasserverbrauch dieser Firma thematisiert werden – Coke rühmt sich nämlich, einer der offiziellen Sponsoren des Gipfels zu sein.

Und das alles heißt? Wer Müll sammeln, alte Coke-Flaschen recyceln oder für „grünen Wasserstoff“ werben möchte, kann wahrscheinlich eine Teilnehmerplakette erlangen und nach Scharm el Scheich kommen, als ein Repräsentant der allerzivilsten Form von „Zivilgesellschaft“. Wer jedoch darüber sprechen möchte, wie sich Ägyptens kohlebetriebene Zementfabriken oder die Zupflasterung einiger der letzten Grünflächen in Kairo auf Gesundheit und Klima auswirken, hat wahrscheinlich eher mit einem Besuch der Geheimpolizei – oder aus dem dystopischen Ministerium für soziale Solidarität – zu rechnen. Sollten Sie allerdings Ägypter sein und sich abfällig über die COP27 als solche äußern oder Sisis Glaubwürdigkeit anzweifeln, wenn dieser sich als Sprecher der armen und klimavulnerablen Bevölkerungen Afrikas aufspielt – obwohl doch sein eigenes Volk trotz all der Hilfsgelder aus Nordamerika und Europa zunehmend unter Hunger und wachsender Verzweiflung leidet – oh je, dann befinden Sie sich hoffentlich schon außer Landes!

Bislang erweist sich die ägyptische Gastgeberrolle vor allem für Sisi als wahre Bonanza, für einen Mann also, den Donald Trump als seinen „Lieblingsdiktator“ bezeichnet haben soll. Für den Badetourismus, der in den letzten Jahren eingebrochen war, kommt der Segen zur rechten Zeit, und das Regime hofft offenkundig, dass seine Strandleben- und Kamelrittvideos für noch mehr Kundschaft sorgen werden. Doch das ist erst der Anfang des grünen Goldrauschs. Ende September verkündete die British International Investment (BII), die amtliche Institution für Entwicklungsfinanzierung des Vereinigten Königreichs, man werde 100 Mio. US-Dollar investieren, um in Ägypten „einheimische Start-ups zu unterstützen“. BII ist auch Mehrheits-eigner des Energiekonzerns Globeleq, der schon im Vorfeld der COP27 einen gigantischen, elf Mrd. US-Dollar schweren Deal über den Ausbau der Produktion grünen Wasserstoffs in Ägypten angekündigt hatte. Gleichzeitig bekräftigte die britische Entwicklungsbank ihr „Engagement für die Stärkung der Partnerschaft mit Ägypten und die Erhöhung der Klimafinanzierungsmittel zur Unterstützung des grünen Wachstums im Land“.

Es handelt sich um dieselbe Regierung, die anscheinend kaum einen Finger dafür gerührt hat, Alaa frei zu bekommen, ungeachtet seiner britischen Staatsbürgerschaft und des Hungerstreiks. Zu allem Unglück lag Alaas Schicksal monatelang in den Händen einer gewissen Liz Truss: Bevor sie

Großbritanniens ebenso herzlose wie unfähige Premierministerin wurde, war sie seine ebenso herzlose wie unfähige Außenministerin. Sie hätte einige dieser Investitions- und Entwicklungshilfemilliarden als Druckmittel nutzen können, um die Haftentlassung ihres Mitbürgers zu erreichen, hatte aber erkennbar andere Sorgen.

An welchem Punkt sagen wir endlich: »Es reicht!«?

Deutschlands moralische Fehlleistungen stehen hinter den britischen nicht zurück. Als die Co-Vorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, im vergangenen Dezember als erste Frau deutsche Außenministerin wurde, verkündete sie eine neue, „wertebasierte Außenpolitik“ – eine Politik, die sich vorrangig um Menschenrechte und Klimasorgen kümmern werde. Nun ist Deutschland einer der wichtigsten Geldgeber und Handelspartner Ägyptens. Es hätte also, wie das Vereinigte Königreich, in Sachen Alaa gute Karten gehabt. Doch statt auf Menschenrechte zu pochen, hat Baerbock Sisi unschätzbare Propagandachancen verschafft, etwa indem sie mit ihm gemeinsam zum „Petersberger Klimadialog“ einlud, bei dem dieser rücksichtslose Diktator sich als grüne Führungsgestalt stilisieren konnte.

Und nachdem die Versorgung mit russischem Gas, auf die Deutschland sich lange verließ, jetzt sowohl im- als auch explodiert ist, bringt Ägypten sich nur zu gern in Stellung, um mit Gas und Wasserstoff für Ersatz zu sorgen. Unterdessen hat der deutsche Industriegigant Siemens Mobility den Abschluss eines „historischen“ Multimilliarden-Dollar-Kontraktes bekanntgegeben, mit dem ein elektrifiziertes Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetz über ganz Ägypten gespannt werden soll.

Die grünen Geldspritzen aus dem Ausland kommen für das in Turbulenzen geratene Sisi-Regime gerade rechtzeitig. Infolge des Tsunamis globaler Krisen – Inflation, Pandemie, Lebensmittelengpässe, stark steigende Treibstoffpreise, Dürren, Verschuldung –, der zu dem systemischen Missmanagement und der Korruption des Regimes noch hinzukommt, steht jetzt auf Messers Schneide, ob Ägypten seine Auslandsschulden noch bedienen kann. Das könnte Sisis eiserne Herrschaft durchaus ins Wanken bringen, so wie die letzte Finanzkrise die Voraussetzungen für Mubaraks Sturz schuf. Daher handelt es sich bei dem Klimagipfel nicht lediglich um eine PR-Chance. Er bietet dem Regime zugleich eine grüne Rettungsleine.

Obwohl sie zögern, vom COP-Prozess abzurücken, räumen die meisten seriösen Klimaaktivisten bereitwillig ein, dass diese Gipfel im Hinblick auf wissenschaftsgestützten Klimaschutz wenig zustande bringen. Seit ihren Anfängen steigen die Emissionen Jahr für Jahr weiter an. Aber was spricht dann dafür, den diesjährigen Gipfel zu unterstützen, wenn das Einzige, was er mit absoluter Sicherheit bewirken wird, die Festigung und Bereicherung eines Regimes ist, dem nach jedwedem ethischen Maßstab der Pariastatus gebührt? Mit Arefin wäre da zu fragen „An welchem Punkt sagen wir: ‚Es reicht!‘“?

Monatelang haben Ägypter, die im europäischen oder amerikanischen Exil leben, große grüne NGOs geradezu beschworen, die mörderischen Zustände in den Gefängnissen ihres Heimatlandes auf die Agenda der Verhandlungen im Vorfeld des Gipfels zu setzen. Doch dem wurde nie Priorität eingeräumt. Man antwortete ihnen, dies sei „Afrikas COP“. Und dass trotz aller bisherigen Fehlschläge eben diese COP, die mittlerweile 27., endlich Ernst machen werde mit der „Umsetzung“ und der Auseinandersetzung mit umweltbedingten „Verlusten und Schäden“ – UN-Sprech für die Hoffnung, die reichen und hochgradig umweltverschmutzenden Länder würden endlich dafür aufkommen, was sie armen Ländern schulden, die wie Pakistan kaum Anteil an den globalen CO₂-Emissionen haben, aber die Hauptlast der durch diese verursachten Kostenexplosion tragen.

Diese Argumentation implizierte nur zu deutlich, dass der Gipfel zu ernst und zu wichtig sei, als dass man sich von einem angeblich geringfügigen Nebenthema wie der schockierenden Menschenrechtsbilanz des Gastgeberlandes ablenken lassen dürfe. Die terrorisierten Leben, misshandelten Leiber und erstickten Wahrheiten werden ganz überwiegend als peinliche Kollateralschäden behandelt – als unerfreulicher Preis, der bedauerlicherweise für den klimapolitischen Fortschritt nun einmal zu zahlen sei.

Aber wird die COP27 tatsächlich der Klimagerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen? Wird der Gipfel den Armen grüne Energie, umweltschonende Verkehrslösungen und Ernährungssouveränität bringen? Wird der Gipfel sich ernstlich mit Klimaschulden und Reparationen befassen, wie viele behaupten? Schön wär's! Die Ägypter haben, wie die Menschen überall in Afrika, geschichtlich gesehen kaum Emissionen zu verantworten, sind aber nichtsdestotrotz von der Erderwärmung stark betroffen. Die Gerechtigkeit verlangt deshalb, dass sie von reicheren Großemittenten Reparationen erhalten sollten. Das Problem besteht darin, dass diese Entschädigungszahlungen, wenn sie ohne Bekämpfung der internationalen Finanz- und Militäernetzwerke erfolgen, die brutale Herrscher wie Sisi stützen, nie bei den Menschen ankommen werden. Stattdessen wird das Geld der Beschaffung weiterer Waffen, dem Bau weiterer Gefängnisse und der Finanzierung weiterer Industrieprojekte dienen, die reine Geldverschwendung sind, und jene Ägypter, die es am dringendsten bräuchten, arbeits- und heimatlos machen und noch tiefer ins Elend stürzen.

Dass Klimareparationen erforderlich sind, liegt auf der Hand, schreibt der ägyptische Romancier Omar Robert Hamilton in einem wegweisenden Essay. „Schwerer zu beantworten ist die Frage, wie ein System der Reparationszahlungen beschaffen sein sollte, das *nicht* auf die weitere Festigung autoritärer Staatsvollmachten hinausläuft. Sie sollte aber im Zentrum der COP-Verhandlungen zwischen Süd- und Nordländern stehen – doch bei denjenigen, die für den Süden verhandeln, handelt es sich nur zu oft um autoritäre Staatsakteure, deren kurzfristige Interessen offenkundig noch volatiler sind als die der Spitzenmanager im Ölgeschäft.“

Trotz allem Gerede in Klimakreisen, jetzt komme die „Umsetzungs“-COP – nämlich jene, die sich auf gerechte und ambitionierte Maßnahmen kon-

zentriert –, wird der ägyptische Gipfel wahrscheinlich klimapolitisch ebenso wenig zustandebringen wie all die anderen vor ihm. Das heißt aber nicht, dass er überhaupt nichts bewirkt. Denn wenn es darum geht, ein echtes Folterregime aufzuhübschen, es mit Geld und gestellten, imagefördernden Fotos zu überschütten, dann ist die COP27 schon jetzt ein großzügiges Geschenk an ein *Cop*-Regime, einen Polizeistaat.

Bei diesem Gipfel geht es um Blut, Blut, Blut

Alaa Abdel Fattah ist seit langem ein Symbol der abgewürgten ägyptischen Revolution. Aber je näher der Klimagipfel rückt, desto nachdrücklicher symbolisiert er noch etwas anderes: die Opferzonenmentalität im Kern der Klimakrise. Diese geht von der Vorstellung aus, dass einige Gegenden und einige Menschen unsichtbar gemacht, ignoriert und abgeschrieben werden können – dies alles im Namen des „Fortschritts“ auf angeblich wichtigere Ziele hin. Wir erleben diese Mentalität, wenn an vorderster Front betroffene Communities um der Förderung und Veredelung fossiler Brennstoffe willen vergiftet werden. Oder wenn man eben diese Communities erneut opfert, weil ein Klimagesetz durchgepeitscht werden soll, das sie nicht schützt. Jetzt erleben wir es sogar im Kontext eines internationalen Klimagipfels, in dem die Rechte der im Gastgeberland lebenden Menschen geopfert und ignoriert werden – im Namen der Fata Morgana von „echtem Fortschritt“ bei den Verhandlungen.

Während der letztjährige Gipfel in Glasgow auf „Bla, bla, bla“ hinauslief, ist der ägyptische schon vor seiner Eröffnung von Unheil überschattet. Bei diesem Gipfel geht es um Blut, Blut, Blut! Um das Blut von über tausend Demonstranten, die der ägyptische Repressionsapparat massakrierte, um seinem derzeitigen Herrscher die Macht zu sichern. Das Blut der Menschen, die sein Regime weiterhin ermordet. Das Blut derer, die in den Straßen niedergeknüppelt und in den Gefängnissen gefoltert werden, oftmals zu Tode. Das Blut von Menschen wie Alaa. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, dieses sinistre Drehbuch zu ändern, damit der Gipfel zu einer Art Scheinwerfer werden kann, der die vielfältigen Zusammenhänge zwischen dem anschwellenden Autoritarismus und dem weltweiten Klimachaos erhellt. Etwa die Art und Weise, in der faschistische Führungsfiguren wie Giorgia Meloni in Italien Ängste vor Flüchtlingen – auch vor denen, die vor der Klimakatastrophe flüchten – schüren, um an die Macht zu kommen. Oder wie die EU brutale Herrscher vom Schlage Sisis mit Geld überschüttet, damit er Afrikaner weiterhin daran hindert, Europas Ufer zu erreichen. Es ist immer noch möglich, die extremen Umstände dieses Gipfels zu nutzen, um folgendes zu zeigen: Klimagerechtigkeit – ob in oder zwischen den Ländern – ist ohne politische Freiheiten nicht zu erreichen. Es gibt immer noch Einflussmöglichkeiten, immer noch die Chance, Druck auszuüben, doch das muss organisiert und umgesetzt werden.

„Ihr seid, anders als ich, noch nicht geschlagen.“ Dies schrieb Alaa vor fünf Jahren. Man hatte ihn eingeladen, auf der RightsCon eine Rede zu halten, einer von allen großen Tech-Firmen gesponserten zwanglosen jährlichen

Beratung über Menschenrechte im digitalen Zeitalter. Man traf sich in den USA, aber weil Alaa damals schon seit vier Jahren im berühmten Tora-Gefängnis saß, schickte er stattdessen einen Brief. Der handelt davon, wie dringend geboten die Erhaltung des Internets als eines Raums der Kreativität, des Experimentierens und der Freiheit ist. Der Text ist brillant – und fordernd. Ein Appell an jene, die (noch) nicht hinter Gittern sitzen; die über weit mehr entscheiden können als darüber, wieviel Kalorien pro Tag sie zu sich nehmen; und die Freiheiten genießen wie die, zu Konferenzen zu reisen, um über Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte zu sprechen. In der Spannung zwischen dieser Freiheit und Alaas Gefangenschaft liegt Verantwortlichkeit. Verantwortung heißt, nicht lediglich frei zu *sein*, sondern auch frei zu *handeln*, seine Freiheit zu nutzen, um ihr Veränderungspotential voll auszuschöpfen. Bevor es zu spät ist.

Zehntausende relativ freier COP27-Delegierte bereiten sich, während ich dies schreibe, auf den Flug nach Scharm el-Scheich vor, informieren sich über die durchschnittlichen Novembertemperaturen dort (bis zu 28 Grad Celsius) und stellen ihr Gepäck entsprechend zusammen (Sommerhemden, Sandalen, Badeanzug – man weiß ja nie). Vor diesem Hintergrund wächst Alaas Worten über die Verantwortung, die es mit sich bringt, *nicht* geschlagen zu sein, eine neue, brennende Dringlichkeit zu. Da garantiert keiner der ägyptischen Gipfelteilnehmer in irgendeiner Weise frei handeln kann, stellt sich allen Ausländern, die frei sind teilzunehmen, die Frage, wie sie mit ihrer Freiheit umgehen, mit dem Umstand, *noch* nicht geschlagen zu sein!

Werden sie so tun, als sei Ägypten bloße Kulisse und kein Land, in dem Menschen wie sie gekämpft haben und gestorben sind – für eben jene Freiheiten, die sie genießen, und gegen dieselben Wirtschaftsinteressen, die unser planetares und unser politisches Klima vergiften? Oder werden sie Mittel und Wege finden, den grausamen Wahrheiten des gastgebenden Gefängnisstaates irgendwie Zutritt zur grünen Glitzerwelt des Konferenzentrums zu verschaffen? Werden sie es riskieren, verhaftet zu werden, da sie ja wissen können, dass die ägyptischen Sicherheitskräfte sie mit Samthandschuhen anfassen werden, weil *brutality-as-usual* die Realityshow verderben würde? Werden sie die wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die es in Kairo noch gibt, aufsuchen – etwa die, die sich unter copcivicspace.net zusammengetan haben – und schauen, wie sie helfen können?

Alaa wäre der Erste, der sagen würde, dass es weder um Mitleid noch um Wohltätigkeit geht. Als entschiedener Internationalist, der sich mit vielen Kämpfen solidarisiert hat, würde er Mitstreiter in einem Kampf gewinnen wollen, dessen Fronten jedes Land durchziehen. „Wir wenden uns an Euch“, schrieb er in dem erwähnten RightsCon-Brief aus dem Gefängnis, „nicht auf der Suche nach mächtigen Verbündeten, sondern weil wir vor denselben globalen Problemen stehen wie ihr und – im festen Glauben an die Macht der Solidarität – dieselben universellen Werte teilen.“

Überall auf der Welt erstarken antidemokratische und faschistische Kräfte. In einem Land nach dem anderen werden plötzlich Freiheitsrechte infrage gestellt oder unter der Hand abgeschafft. Das alles hängt miteinan-

der zusammen. Politische Gezeiten verbreiten sich wellenförmig über Ländergrenzen hinweg, im Guten wie im Schlechten – und genau deshalb darf die internationale Solidarität niemals im Namen irgendwelcher angeblich höherwertiger „Fortschritts“-Ziele geopfert werden. Die ägyptische Revolution war von der tunesischen inspiriert, und der „Geist des Tahrir-Platzes“ wiederum verbreitete sich in alle Welt. Er trug zur Entstehung anderer Bewegungen vor allem junger Leute in Europa und Nordamerika bei – unter anderen Occupy Wall Street –, die ihrerseits neuen antikapitalistischen und öko-sozialistischen Strömungen zum Durchbruch verhelfen. Tatsächlich lässt sich eine ziemlich gerade Linie vom Tahrir-Platz zu Occupy und Bernie Sanders' 2016er Wahlkampagne und zur Wahl von Alexandria Ocasio-Cortez zur Kongressabgeordneten und ihrem Einsatz für den Green New Deal ziehen. Doch auch die Gegenseite inspiriert ihre Gesinnungsgenossen. Nach der Wahl Donald Trumps mahnte Alaa in seinem RightsCon-Brief aus dem Gefängnis, die Menschen in Amerika müssten „die eigene Demokratie reparieren“, weil „ein Rückschlag in Sachen Menschenrechte in einem Land, in dem die Demokratie tief verwurzelt ist, mit Sicherheit noch schlimmeren Übergriffen in Gesellschaften mit fragilerer Menschen- und Bürgerrechtssituation als Vorwand dienen“ werde.

Man muss frei sein, um die Verantwortlichen zum Handeln zu bringen

In Ägypten verwenden die Gruppen, die diese Zusammenhänge verdeutlichen wollen, den Wahlspruch „Keine Klimagerechtigkeit ohne *open civic space*“, ohne Bürgerrechte und -freiheiten. Man kann es auch so ausdrücken: Wo die Bürger- und Menschenrechte angegriffen werden, dort ist auch die natürliche Umwelt bedroht. Schließlich stammen die Communities und Organisationen, die weltweit am stärksten unter staatlicher Repression und Gewalt zu leiden haben – ob sie sich nun auf den Philippinen oder in Kanada, in Brasilien oder den USA befinden – ganz überwiegend aus indigenen Völkern, die ihre Territorien vor umweltzerstörerischen Extraktionsprojekten zu schützen versuchen, von denen viele gleichzeitig die Klimakrise verschärfen. Die Verteidigung der Menschenrechte ist deshalb, wo auch immer wir leben, unlöslich mit dem Kampf um die Erhaltung eines bewohnbaren Planeten verbunden.

Darüber hinaus ist auch das Ausmaß, in dem einige Staaten endlich ernstzunehmende Klimagesetze einführen, untrennbar mit dem Grad verbunden, in dem die politischen Freiheitsrechte noch nicht ausgehöhlt wurden. Der US-Senat und die Biden-Administration haben sich lange mit Händen und Füßen gewehrt, bevor sie den Inflation Reduction Act – so mangelhaft der auch ist – passieren ließen und dessen Verwässerung durch Ausnahmeregelungen bei Öl und Gas, wie Senator Joe Manchin sie betrieb, (zumindest fürs Erste) verhinderten. Das geschah nicht etwa, weil ihnen plötzlich ein (Klima-)Licht aufging. Es ist vielmehr das unmittelbare Ergebnis von öffentlichem Druck, investigativem Journalismus, zivilem Ungehorsam, Sit-ins in Parlaments-

büros, Gerichtsverfahren und der Nutzung eines jeden Instruments, welches das Arsenal des gewaltfreien Kampfes sonst noch bietet. Letztlich rangen die Volksvertreter sich dazu durch, das Gesetz zu verabschieden, weil sie Angst vor der Reaktion der Wähler hatten, sollten sie im November mit leeren Händen vor diese treten. Hätte die amerikanische Öffentlichkeit mehr Angst vor den Politikern als diese vor ihr, wäre nichts von alledem geschehen.

Eines steht jedenfalls fest: Jenen Wandel, welche die Klimakrise erfordert, werden wir ohne die Freiheit, zu demonstrieren, Sit-ins zu veranstalten, Politiker bloßzustellen und öffentlich die Wahrheit zu sagen, nicht herbeiführen können. Wenn Demonstrationen verboten und unangenehme Tatsachenfeststellungen als „Falschinformationen“ kriminalisiert werden, wie es in Sisis Ägypten systematisch geschieht, ist das Spiel aus. All dies sollte für jeden, der in der Klimabewegung aktiv ist, egal wie alt er ist und welchem Teil der Bewegung er auch angehört, auf der Hand liegen. Ohne die Streiks, die Protestaktionen, die Sit-ins und investigativen Recherchen wären wir in viel schlechterer Verfassung als derzeit. Aber eine jede der genannten Aktivitäten reicht aus, ägyptische Aktivisten oder Journalisten wie Alaa in eine Dunkelzelle zu bringen.

Als bekannt wurde, dass der UN-Klimagipfel in Scharm el-Scheich stattfinden würde, hätten ägyptische Aktivisten, ob im Lande oder im Exil, die Klimabewegung zum Boykott aufrufen können. Aus diversen Gründen entschieden sie sich, dies nicht zu tun. Sie baten jedoch um Solidarität. So rief etwa das Cairo Institute for Human Right Studies die internationale Gemeinschaft auf, den Gipfel zu nutzen, um „die Verbrechen, die in Ägypten begangen werden, stärker ins Licht zu rücken und die ägyptischen Behörden zu einem Kurswechsel zu drängen“. Es gab große Hoffnungen darauf, dass nordamerikanische und europäische Aktivisten ihre Regierungen dazu bringen könnten, ihre Teilnahme und Mitwirkung davon abhängig zu machen, dass Ägypten grundlegenden Menschenrechtserfordernissen entspricht. Zumindest erhoffte man sich eine weitreichende Amnestie für politische Häftlinge, die wegen „Verbrechen“ wie der Organisation einer Demo, oder dem Posting einer unschmeichelhaften Bemerkung über das Regime, oder der Annahme ausländischer Unterstützung hinter Gittern sitzen.

Solche Solidaritätsinitiativen hätte es geben können. Manche wären immer noch möglich. Aber bisher, bis kurz vor Tagungsbeginn, ist die Reaktion der globalen Klimabewegung ausgesprochen verhalten. Viele Gruppen haben Petitionen unterschrieben; eine Handvoll Artikel über die Menschenrechtslage während des Gipfels sind erschienen (darunter ein sehr starker über Alaa von Bill McKibben im „New Yorker“). Und in Deutschland haben Klimaaktivisten, darunter viele Exilägypter, kleine Demonstrationen veranstaltet. Von dem internationalen Druck aber, der ein so hartgesottenes Regime wie das derzeit in Ägypten herrschende beindrucken könnte, war weit und breit nichts zu sehen.

Vielmehr konzentrierten sich besorgte Fragen vor allem darauf, was die Autorisierung Sisis, als Gastgeber des Weltklimagipfels aufzutreten, für die internationalen Besucher bedeute. Würden sie außerhalb der offiziell-

len Konferenzzone Transparente entfalten und demonstrieren dürfen, ohne so behandelt zu werden wie Ägypter? Würden LGBTIQ+-Aktivisten sicher sein? Das sind berechnete Fragen. Aber es ist ein wenig so, als veranstalte man einen feministischen Weltkongress in Saudi-Arabien und beklage dann, dass weibliche Teilnehmer keine Shorts tragen oder Autos mieten dürfen – und verliere dabei kaum ein Wort über die saudischen Frauen, die das ganze Jahr über weit schlimmeren Schikanen ausgesetzt sind. Das wäre zweifellos ein schwerer Fall verweigerter Solidarität. Gleiches gilt allerdings für die Tatsache, dass viele Delegierte des Klimagipfels außer sich gerieten, als die Hotels in Scharm el-Scheich sich weigerten, billigere Buchungen zu akzeptieren, und die Preise willkürlich in die Höhe trieben – sich bisher aber durchaus nicht ebenso erregt über die Kriminalisierung und Einkerkierung ägyptischer Oppositioneller geäußert haben.

Todesstrafe für die Wahrheit

Nachdenklich stimmt auch, dass alle großen amerikanischen und europäischen Stiftungen in Scharm el-Scheich vertreten sein werden und dort auf Gruppen treffen, die sie finanziell unterstützen, und auf andere, deren Unterstützung sie in Betracht ziehen könnten – und das in einem Land, wo es jemanden das Leben kosten kann, solche Zuwendungen anzunehmen oder die Wahrheit über die Ausplünderung der ägyptischen Umwelt auszusprechen. „2014 ergänzte Präsident el-Sisi“, wie Human Rights Watch berichtet, „das Strafgesetzbuch dahingehend, dass jeder zu lebenslänglicher Haft oder sogar zum Tode verurteilt werden kann, der Zuwendungen ausländischer Herkunft oder von einheimischen Organisationen erbittet, empfängt oder an ihrem Transfer mitwirkt, um Dinge zu tun, die einem ‚nationalen Interesse‘ oder der Unabhängigkeit des Landes schaden oder die öffentliche Sicherheit untergraben“. Die Todesstrafe für den Empfang einer Zuwendung!

Das alles ist ein wenig verwirrend. Warum Sponsoren und grüne Gruppen nach Ägypten einladen, wenn das dortige Regime allein schon dem Begriff der Zivilgesellschaft mit offener Feindseligkeit begegnet? Die für alle Mitwirkenden unbequeme Wahrheit ist, dass nichts Sisi gelegener käme als die Verwandlung Scharm el-Scheichs in so etwas wie einen gemeinnützigen Streichelzoo, in dem internationale Klimaaktivisten und Sponsoren zwei Wochen lang lauthals Nord-Süd-Ungerechtigkeiten anprangern und vor laufenden Kameras im Kreise herummarschieren können. Um der Authentizität willen könnten ein paar staatlich abgesegnete einheimische Gruppen sich darunter mischen. Was hätte Sisi davon? Nun, dann sähe Ägypten wie etwas aus, was es nun wirklich ganz und gar nicht ist: ein freies und demokratisches Land. Eine nette Gegend, in der Sie den nächsten Urlaub verbringen, vielleicht auch diese oder jene Investition in den Sand setzen könnten ... Eine gute Quelle für Ihr Erdgas. Und wie wäre es mit einem neuen IWF-Kredit?

Wie dem auch sei: Sisis Regime ist hektisch damit beschäftigt, in Scharm el-Scheich eine Blase aufzupusten, in der es etwas darstellen wird, was wie

eine Art Demokratie aussehen soll. Die Frage, die zivilgesellschaftliche Gruppen sich stellen sollten, kann nicht lauten: „Werden wir in der Blase sicher sein?“ Sie lautet vielmehr: „Warum eine Gipfelkonferenz an ein Land vergeben, das eine solche Blase braucht?“

Unter den vielfältigen Vorhaben des von Coca Cola gesponserten Klimagipfels findet sich eines, das wohl mehr als alles andere an Orwell erinnert. Dies solle die erste derartige Konferenz sein, wird stolz verkündet, die im offiziellen Programm einen „Kinder- und Jugendpavillon“ vorsieht. Man wolle einen Treffpunkt für „Gespräche, Bildungsveranstaltungen, Kreativität, Policy Briefings, Ruhepausen und Entspannung schaffen, an dem junge Menschen aus aller Welt sich versammeln und ihre Stimme erheben“ können. Dies werde es der Jugend ermöglichen – so steht es da wirklich! – „den Mächtigen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen“. Ich zweifle durchaus nicht daran, dass viele junge Leute in diesem Pavillon starke Worte finden werden, genau wie in Glasgow und auf früheren Klimagipfeln. Junge Leute haben in der Klimabewegung führende Rollen übernommen und der offiziellen Klimapolitik in vielen Fällen verzweifelt nötige Dringlichkeit und moralische Klarheit injiziert. Eben dieser moralischen Klarheit bedarf es gerade jetzt.

Vor einem Jahrzehnt hatten junge Ägypter keinen staatlich genehmigten Pavillon, sie hatten eine Revolution. Sie waren so jung wie die Klimastreikenden, die sich jetzt nach Scharm el-Scheich aufmachen, oder noch jünger. Sie strömten auf dem Kairoer Tahrir-Platz zusammen und forderten ein anderes Ägypten, ein Land ohne den allgegenwärtigen Schatten der Angst, eines, in dem Teenager nicht in Polizeiverliesen verschwinden und mit blutig angeschwollenen Gesichtern wieder auftauchen – oder als Leiche. Diese Revolution stürzte einen Diktator, der schon vor ihrer Geburt geherrscht hatte. Aber dann zerschlugen Verrat und Gewalt ihre Träume. In einem seiner jüngsten Briefe schrieb Alaa, wie weh es tut, seine Zelle mit jungen Menschen zu teilen, die Kinder waren, als man sie verhaftete. „Sie waren minderjährig, als man sie ins Gefängnis steckte, und kämpfen jetzt darum freizukommen, bevor sie juristisch als Volljährige gelten.“

Zu den Teenagern, die 2011 an der Eroberung des Tahrir-Platzes beteiligt waren, gehörte Alaas jüngere Schwester Sanaa Seif (er hat zwei Schwestern, Mona und Sanaa). Mit gerade mal 17 Jahren gründete sie damals mit anderen eine revolutionäre Zeitung, „Al Gornal“, von der Zehntausende Exemplare gedruckt wurden und die sich zu einer Art Stimme des Tahrir entwickelte. Auch an dem für einen Oscar nominierten Dokumentarfilm „The Square“ von 2013 wirkte Sanaa mit. Sie selbst wurde immer wieder inhaftiert, weil sie gegen Menschenrechtsverletzungen protestierte und die Entlassung ihres Bruders forderte. In einem Interview sagte sie mir, sie habe eine Botschaft an die jungen Aktivisten, die zu besagtem Pavillon unterwegs sind. „Wir haben es versucht. Wir haben den Mächtigen die Wahrheit ins Gesicht gesagt.“ Jetzt aber verbrächten viele der Beteiligten „so viele ihrer Zwanzigerjahre im Gefängnis“. Und „wenn ihr dorthin geht“, fuhr Sanaa fort, „denkt daran, dass ihr die Stimme anderer junger Menschen sein könnt [...]. Bitte lasst uns dieses Erbe bewahren. Bitte konfrontiert die Mächtigen wirklich mit der

Wahrheit.“ Aber je näher der Klimagipfel rückt und je länger Alaa Hungerstreik anhält, desto ungeduldiger reagiert Sanaa darauf, dass bedeutende grüne Gruppen bisher schweigen. „Ich habe, ehrlich gesagt, die Nase voll von der Scheinheiligkeit der Klimabewegung“, twitterte sie kürzlich. „Seit Monaten häufen sich die Warnrufe aus Ägypten, dass diese #COP27 sich bei weitem nicht auf ‚Greenwashing‘ beschränken, sondern schreckliche Folgen für uns haben wird. Und doch entscheiden sich die meisten dafür, die Menschenrechtslage zu ignorieren.“

Menschenrechte und Klima sind nicht voneinander zu trennen

Genau deshalb, betonte sie, wird Klimaaktivismus häufig als eine Beschäftigung der Eliten betrachtet, die kein Verhältnis zu den Menschen mit brennenden Alltagsproblemen haben – beispielsweise der Sorge, wie sie ihre Familienmitglieder aus der Haft freibekommen können. „Ihr garantiert“, schrieb sie, „dass #ClimateAction eine fremdartige Vorstellung bleibt, die nur die Wenigen betrifft, die es sich leisten können, über den Tag hinaus zu denken.“ Im Übrigen hingen, ergänzte Sanaa, „die Entschärfung der Klimaproblematik und der Kampf um Menschenrechte eng zusammen. Man darf sie nicht voneinander trennen. Vor allem deshalb, weil wir es mit einem Regime zu tun haben, das von Konzernen wie BP und Eni gestützt wird. Ist es wirklich so schwer, beide Themen zu verbinden? #FreeThemAll #FreeAlaa.“

Es ist gar nicht schwer – aber es erfordert Mut. Während die Lichter mittlerweile in so vielen Demokratien überall auf der Welt zu flackern beginnen, ist die Botschaft, welche Aktivisten dem Klimagipfel übermitteln sollten, ganz einfach, gleichgültig, ob sie nun nach Ägypten fahren oder sich aus der Ferne melden: Ohne Verteidigung der politischen Freiheiten wird es kein klimapolitisches Handeln geben, das diesen Namen verdient, weder in Ägypten noch irgendwo sonst. Diese Fragen sind so eng miteinander verflochten, wie unsere Schicksale es sind.

Es ist spät geworden, aber es bleibt immer noch Zeit genug, diesem Zusammenhang gerecht zu werden. Human Rights Watch schlägt vor, dass das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention, das die Regeln für die Klimagipfel festlegt, „Menschenrechtskriterien [entwickeln sollte], zu deren Erfüllung Länder, die künftig COPs beherbergen, sich zuvor vertraglich verpflichten müssen“. Für diesen Gipfel kommt das zu spät. Aber für all jene, denen es um Klimagerechtigkeit geht, ist es durchaus nicht zu spät, sich mit den jugendlichen Revolutionären zu solidarisieren, die vor einem Jahrzehnt Millionen weltweit inspirierten, als sie einen Tyrannen stürzten. Vielleicht ist es sogar noch nicht zu spät, Sisi mit der Aussicht auf ein grün schimmerndes PR-Debakel am Roten Meer derart zu erschrecken, dass er beschließen könnte, die Tore einiger seiner Kerker zu öffnen, bevor all diese Kameras eintreffen. Denn wir sind – wie Alaa uns aus der Verzweiflung in seiner Zelle in Erinnerung ruft – noch nicht besiegt!